

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Medienmitteilung

Kinder- und Jugendschutz auf E-Zigaretten ausweiten

Solothurn, 30. Januar 2020 – E-Zigaretten und alle nikotinhaltigen Produkte sollen den gleichen rechtlichen Bestimmungen unterstellt werden wie Zigaretten und herkömmliche Raucherwaren. Die Sozial- und Gesundheitskommission unterstützt den entsprechenden Antrag aus dem Kantonsrat einstimmig.

Susan von Sury-Thomas (CVP, Feldbrunnen) macht in ihrem Auftrag darauf aufmerksam, dass E-Zigaretten nicht harmlos seien, wie Untersuchungen zeigten. Sie fordert den Regierungsrat auf, für E-Zigaretten die gleichen Schutzvorkehrungen zu Gunsten von Kindern- und Jugendlichen zu treffen, wie diese schon heute für Zigaretten und andere Tabakprodukte gelten.

Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wurde im Frühjahr 2018 schweizweit das Verbot von nikotinhaltigen E-Zigaretten aufgehoben. Seither ist es im Kanton Solothurn erlaubt, Werbung für diese Dampfgeräte zu schalten und E-Zigaretten an Minderjährige zu verkaufen. Dies nachdem der Kanton Solothurn lange Zeit als Vorreiter in Sachen Tabakprävention galt und ein Werbeverbot für Zigaretten einführte. Zudem dürfen Raucherwaren nicht an Jugendliche unter 18 Jahren verkauft werden.

Um die Gesetzeslücke zu schliessen, soll das Tabakpräventionsgesetz auf Bundesebene revidiert werden. Da dies noch eine Weile dauern wird, soll vorgängig das kantonale Gesundheitsgesetz angepasst werden:

Der Auftrag verlangt, dass darin der Jugendschutz auf E-Zigaretten sowie CBD-Produkte (legale Cannabis-Produkte) ausgeweitet wird. Die Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) unterstützt die geplante Stossrichtung und erklärt den Auftrag einstimmig für erheblich.

Finanzielle Unterstützung bei Gemeindefusionen

Im Zusammenhang mit dem Massnahmenplan wurden seit 2015 die Gelder zur Unterstützung der Gemeinden bei Fusionen oder anderen Zusammenarbeitsformen gestrichen. Seither gab es im Kanton Solothurn keine Bestrebungen zu Gemeindefusionen mehr. Ein Auftrag der Fraktion FDP.Die Liberalen verlangt, dass der Kanton ab 2021 wieder Beiträge ins Budget aufnimmt, um Gemeindefusionen zu fördern.

Die SOKEKO hat den Auftrag mit dem geänderten Wortlaut des Regierungsrates erheblich erklärt. Der Regierungsrat wird beauftragt, den Gemeinden die im Gemeindegesetz für Fusionen vorgesehen Mittel wieder zur Verfügung zu stellen.